

Anzeige



Deutschland
Land der Ideen

In Kooperation mit
Deutsche Bank

365 Orte im Land der Ideen

Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Heute:

Konzert zum Mauerfall

Musiker aus Ost und West erinnern in einem großen gemeinsamen Gedenkkonzert an den Fall der Berliner Mauer.

www.land-der-ideen.de

Mehr dazu jede Woche in der Welt am Sonntag

Medienpartner
WELT
GRUPPE

Gesundheitsbranche profitiert von weltweiter Bewegungsarmut

Wohlstands-Krankheiten als Wachstumstreiber

Von Ileana Grabitz

BERLIN – Es hört sich zynisch an, aber für Pharmakonzerne wie Fresenius ist die Vorliebe für alles was süß und ungesund ist, wahrhaft Gold wert. Nicht nur, aber auch weil sich die bisher vor allem im Westen ausgeprägte Bewegungsarmut verbunden mit zuckerreicher Ernährung im Zuge der Globalisierung zunehmend auch in Asien und Afrika verbreitet, ist die Zuckerkrankheit weltweit auf dem Vormarsch. Den Pharmaunternehmen beschert sie verlässlich wachsende Absatzmärkte.

166 Mrd. Dollar verschlang die Behandlung allein dieses Krankheitsbildes im Jahr 2007. Und die Zahl der Diabetes-Patienten weltweit steigt rapide – zuletzt im Schnitt um fünf Prozent pro Jahr. Besonders Schwellenländer in der westlichen Pazifikregion, in Afrika und im Mittleren Osten können wahre Rekorde bei der Zahl von Neuerkrankungen verbuchen. „Pharmaunternehmen, die nicht in Schwellenländern wie Brasilien, Russland, China aber auch dem Mittleren Osten zugegen sind, wer-



Dialyse-Patient in Frankfurt: Die Gesundheitsbranche ist rezessionsresistent

den zwangsläufig einige stark anwachsende Pharmamärkte verpassen“, sagt Martin Schloh, Pharmaexperte bei der Unternehmensberatung A.T. Kearney.

Das Krankheitsbild Diabetes ist nur ein Beispiel von vielen, die deutlich machen, wie groß das Wachstumspotenzial der Pharmabranche tatsächlich ist. Einer Studie von A.T. Kearney zufolge, die der WELT vorliegt, ist von der Gesundheitsbranche zwar kein riesiges, neues Jobwunder zu erwarten. Bei den Biotech-Unternehmen beispielsweise wird der Untersuchung zufolge die Zahl der Beschäftigten deutschlandweit von derzeit 30 000 nur leicht auf 32 000 im Jahr 2013 steigen, in der Medizintechnik von 170 000 auf 184 000 – wobei die Aussichten für die weltweit heiß umkämpften, top ausgebildeten Fachkräfte natürlich auch hierzu-lande äußerst rosig sind.

In puncto Wertschöpfung hat dieser Industriezweig aber dennoch einiges Potenzial zu bieten: So schätzen die Experten, dass deutsche Biotech-Unternehmen ihren Gesamtumsatz bis 2013 von derzeit

2,2 Mrd. Euro auf 3,2 Mrd. Euro steigen werden. In der Medizintechnik dagegen dürften die branchenweiten Erlöse im gleichen Zeitraum von 17,8 Mrd. Euro auf 21,7 Mrd. Euro anwachsen. Und damit sei das Potenzial noch nicht ausgeschöpft, sagt Berater Schloh: „Wenn sich die steuerlichen Rahmenbedingungen für Übernahmen in der noch relativ fragmentierten Biotech-Branche verbessern würden, würde der Weg für eine gesunde Fragmentierung frei und das Wachstumspotenzial wäre noch größer.“

Anders als weite Teile der Wirtschaft hat die Gesundheitsbranche selbst die schärfste Rezession seit Jahrzehnten weitgehend unbeschadet überstanden. Doch stehen der wachsenden Nachfrage nach Leistungen der Branche finanzielle Restriktionen gegenüber. Die staatlichen Gesundheitssysteme und Krankenkassen sind oft chronisch klamm, was dem Wachstum die Luft abzurücken droht. Den A.T. Kearney-Experten zufolge liegt es dabei auch an den Unternehmen selbst, sich in diesem Spannungsfeld zu rechtzufinden und den Wettbewerb für sich zu entscheiden. Zum einen bietet das Ausland erckliche Wachstumsmöglichkeiten – allem voran Schwellenländer wie China, Brasilien oder Indien, wo westliche Zivilisationskrankheiten wie Alzheimer, Diabetes und Lungenerkrankungen stark auf dem Vormarsch sind. So wird in Indien im Jahr 2030 voraussichtlich das gesamte jetzige Gesundheitsbudget fällig, allein um die Krankheit Diabetes zu therapieren.

Ironischer lässt sich aber sogar aus dem Kostendruck der öffentlichen Systeme Wachstumsnester saugen – wenn man es denn geschickt anstellt. Der Haupttreiber für die Pharmaindustrie werde die Erwartung der Krankenkassen sein, bezahlbare Lösungen für die Patienten und Beitragszahler zu bekommen, so Schloh. „Die einzelne Tablette wird keinen interessieren, wenn nicht erwiesen ist, dass das gesamtgesellschaftliche Ergebnis stimmt.“

Der Gesundheitskonzern Fresenius Medical Care macht beim Krankheitsbild Niereninsuffizienz/ Diabetes vor, wie es gehen kann. Die Kasse macht Vorgaben, wie viel Budget es für einen Patienten gibt – und der Pharmariese schafft dafür alles heran, was man für die Dialyse braucht – von den Medikamenten über die Nierenwaschanlage bis hin zu den Ärzten, die die Patienten betreuen. Das Pharmaunternehmen ist damit nicht mehr nur ein Lieferant, sondern ein Systemanbieter.

WELT ONLINE

So können in Deutschland
1,8 Millionen neue Jobs entstehen:
welt.de/ATKearney

Handlungsempfehlungen an die Politik

Um die Wachstumspotenziale der Gesundheitsbranche zu unterstützen, fordern die Experten der Unternehmensberatung A.T. Kearney von der Politik eine verstärkte steuerliche Förderung privater Forschungsausgaben. Zudem müsse die Zuwanderung von Spitzenforschern erleichtert werden. Bewährt hätten sich die Exzellenzinitiativen, mit denen der Staat Spitzenforschungsprojekte an den Universitäten fördert. Sie sollten fortgeführt werden, damit sich selbst tragende Cluster entstehen.



A.T. Kearney hat in der Studie „Nachhaltige Restrukturierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ Schlüsselbranchen untersucht. Die WELT stellt die Ergebnisse exklusiv immer montags vor. Am 16. November: Die Trends in der Energiebranche. DW

„Heute blühen die Landschaften wirklich“

Klaus von Dohnanyi über die Folgen der Wiedervereinigung, Chancen der Globalisierung und den Kurs der SPD

Der Politiker und Wirtschaftsexperte Klaus von Dohnanyi ging 1990 nach Ostdeutschland, um den Umbau der DDR-Wirtschaft mitzugestalten. 20 Jahre nach dem Mauerfall zieht er eine positive Bilanz – und sieht sogar Helmut Kohls „blühende Landschaften“.

DIE WELT: Herr von Dohnanyi, erinnern Sie sich noch daran, was Sie gerade taten, als Sie von der Öffnung der Mauer erfuhren?

Klaus von Dohnanyi: Ja, ich saß vor dem Fernseher, habe die Nachrichten gesehen und es nicht für möglich gehalten. Als mir dann klar wurde, dass es wahr ist, hatte ich schlicht Tränen in den Augen. Was ich sehr gut in Erinnerung habe, ist, dass die Leute nicht „Deutschland“ oder so etwas gerufen haben, sondern einfach nur „Wahnsinn. Das ist Wahnsinn.“ Weil die Leute nicht glauben konnten, was da plötzlich an Freiheit möglich war.

War für Sie gleich mit dem Mauerfall klar, dass die Wiedervereinigung kommen würde?

von Dohnanyi: Ja. Ich habe das sogar schon im Frühjahr 1989 bei der Tagung eines Aufsichtsrates, dem ich angehörte, in New York gesagt. Wenn das so weiter geht, sind wir in einem Jahr wiedervereinigt, habe ich gesagt. Ich weiß, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nach meiner Abreise über mich gesagt hat: „Das ist ein intelligenter Mensch, aber er spinnt.“

Es heißt ja zumeist, die DDR sei an ihrem mangelnden wirtschaftlichen Erfolg zugrunde gegangen.

von Dohnanyi: Die wahre Ursache war der Mangel an Freiheit zusammen mit dem wirtschaftlichen Verfall. Wenn die DDR ökonomisch erfolgreich gewesen wäre, wäre sie nicht zusammengebrochen. Aber wenn die Leute nicht das Gefühl gehabt hätten, dass sie mit mehr Freiheit auch mehr Wirtschaftserfolg bekommen könnten, wäre sie auch nicht zusammengebrochen. Es waren also zwei Ursachen, die zu dem geführt haben, was wir Marktwirtschaft nennen: die Verbindung aus Freiheit und wirtschaftlichem Erfolg. Es war auch, anders als manchmal behauptet, nicht die sogenannte „Nachrüstung“ ausschlaggebend. In Wirklichkeit ist die DDR an der Unfähigkeit ihres Systems zusammengebrochen.

Das scheint der eine oder andere allerdings verdrängt zu haben.

von Dohnanyi: In der Tat, denn diese Debatte haben wir niemals ausreichend geführt – angeblich mit Rücksicht auf die Bewohner der DDR. Bis heute bleibt daher die Idee: Der Sozialismus ist vernünftig, er ist nur schlecht gemacht gewesen. Diese Vorstellung belastet heute unser politisches System durch Linke und PDS, weil wir den Leuten nie frontal genug klar gemacht haben, dass ihre Idee nicht geht. Dass man entweder in Freiheit im Wettbewerb besteht oder sich einmauern muss. Heute propagiert die Linke ja schon wieder so einen Sonderweg, will Industrien verstaatlichen und so weiter. Das könnte am Ende theoretisch wieder zu einer Mauer führen. Die Leute müssen wissen: Ulbricht hat ja die Mauer nicht gewollt. Sonst hätte er sie 1946 gebaut. Er ist zur Mauer gezwungen worden, weil das System nicht ohne Mauer bestehen konnte.

Wenn wir mal von politischen Fehlern und Mängeln bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte absehen: Wurden auch beim ökonomischen Prozess Fehler gemacht?

von Dohnanyi: Ja. Als sich Länder gebildet hatten, entstand zwischen ihnen ein Standort-Wettbewerb, der auf die ganze Fläche in den Ländern ausgerichtet war. Ich habe damals dafür plädiert, dass der Bund, sagen wir, an 15 Standorten bundeseigene Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften einrichtet und diese mit Universitäten und Wissenschaft verknüpft, um Wachstumskerne zu bilden. Ich habe das 2004 noch einmal in einer Bilanz wiederholt. Erst heute stützen wir uns stärker auf Wachstumskerne. Aber der auf die Fläche gerichtete Ehrgeiz der Länder war sozusagen ein eingebautes Problem, das sich aus den politischen Strukturen ergab.

Es gab aber auch gravierende Fehlentscheidungen.

von Dohnanyi: Ja. Der zweite wesentliche Fehler war es, die Treuhandanstalt beim Finanzminister anzusiedeln. Der hat der fiskalischen Seite des Wiederaufbaus ein viel zu großes Gewicht gegeben. Man hat versucht, die Unternehmen zu re-



„In Wirklichkeit ist die DDR an der Unfähigkeit ihres Systems zusammengebrochen.“ Klaus von Dohnanyi im WELT-Interview.

FOTO: INGO RÖHRBEIN

strukturieren, ohne zu überlegen, welche Märkte sie erreichen können. Der Finanzminister hatte eine zu große Bedeutung. Es ging um ein wirtschaftspolitisches Problem und nicht um ein finanzpolitisches.

Ist es noch sinnvoll, weiter so hohe Transfers an den Osten zu zahlen?

von Dohnanyi: Die gehen ja runter. Ab 2019 gilt nur noch der normale Finanzausgleich, und dann werden auch die Unterschiede zwischen Ost und West neu betrachtet. Im Ganzen gesehen ist die Aufgabe noch nicht erfüllt. Wir haben immer noch eine doppelte so hohe Arbeitslosigkeit. Es gibt fast keine Unternehmenszentralen im Osten. Auch wenn man die Dauer zunächst unterschätzt hat. Es dauert noch eine längere Zeit.

Was hat man falsch eingeschätzt?

von Dohnanyi: Na ja, man hat gedacht, der nackte Markt werde das alles schon richten. Aber der Markt ist ein grausames Instrument. Wenn sie den ungeordneten Markt loslassen auf schwache Leute, dann sind diese Leute weggefegt, ehe sie sich umgucken können. Das ist immer so gewesen. Der Markt kann ein brutales Instrument sein, deswegen müssen wir ihn organisieren und zähmen, wie in der sozialen Marktwirtschaft. Über den Osten ist damals der Markt wie ein Tsunami hereingebrochen. Ich habe das bei der ostdeutschen Firma TAKRAF erlebt, die unter anderem Eisenbahndrehkräne herstellt. Über Nacht wurde nicht mehr bei TAKRAF, sondern bei Krupp oder Mannesmann gekauft, weil deren Kräne eine Hydraulik hatten und unsere nicht. D-Mark kostete ja alles. Das bleibt eine traumatische Erfahrung vieler Ostdeutscher.

Welche Rolle hat Berlin in den vergangenen 20 Jahren gespielt?

von Dohnanyi: Man muss zunächst daran erinnern, dass Berlin nur mit den Stimmen der PDS Hauptstadt wurde. Viele wollten ja Bonn als Hauptstadt behalten. Helmut Kohl hat sich taktisch zurückgehalten,

Ost-West-Politiker

Klaus von Dohnanyi, 81, prägt seit 1960 die Politik in Deutschland. Damals zählte der spätere Erste Bürgermeister von Hamburg zu den Gründern des Meinungsforschungsinstituts Infratest. In seiner politischen Laufbahn war das SPD-Mitglied unter anderem Bundes-Bildungsminister und Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Seit 1990 engagiert sich von Dohnanyi für Ostdeutschland. Er war unter anderem Sonderbeauftragter „Markt und Staat“ der Treuhand und Berater der Bundesregierung für den Aufbau Ost. drz

aber dennoch sehr verantwortlich entschieden. Ohne ihn wären wir nicht so schnell so weit gekommen mit der Wiedervereinigung. Es war jedenfalls sehr wichtig, dass Berlin zu einem ostdeutschen Anker wurde, denn die Kraftzentren lagen allesamt im Westen. Im Osten war ja nichts, gar nichts. Kein Siemens, kein VW, überhaupt nichts.

Aber wirtschaftlich ist Berlin bis heute nicht sehr stark.

von Dohnanyi: Da wäre ich vorsichtig. In und um Berlin siedelt sich gerade eine sehr interessante Wissenslandschaft an. Da gibt es viele kleine, junge Unternehmen zum Beispiel aus der Biotechnologie und anderen wissenschaftsnahen Bereichen. Insofern kann Berlin einen neuen Anlauf nehmen. Aber das Entscheidende war, dass die Regierung nach Berlin kam. Wie meine Freunde damals auf die Idee kommen konnten, aus regionalpolitischen Gründen für Bonn zu stimmen, bleibt unerfindlich. Das war kleinmütig und kleingläubig.

Ein Hauptproblem des Ostens ist die Entvölkerung weiter Landstriche. Was kann Politik dagegen tun?

von Dohnanyi: Ich bin dafür, die Zuwanderung gezielt zu fördern. An Standorte, an denen wir Wohnungsleerstände und zugleich Hochschulen haben, sollte man aus Osteuropa, Südosteuropa und so weiter junge, begabte Familien holen. Man könnte so den Leerstand nutzen, um Zuwanderung zu subventionieren.

Glauben Sie, dass man heute noch einen, sagen wir, 35 Jahre alten „Ossi“ von einem „Wessi“ unterscheiden könnte, den man zufällig trifft?

von Dohnanyi: 35-Jährige? Kaum. Wenn Ältere auf dem Lande im Osten leben, dann können Sie diese sicher noch irgendwie unterscheiden, das geht bis in die Bewegungen hinein. Aber das gilt eher für jemanden um die 50. Den könnte man möglicherweise auch noch an einer gewissen vorsichtigen Zurückhaltung erkennen. Das ist das, was mir am meisten auffällt, diese gewisse Vorsicht der Menschen. Aber das gilt für jüngere Leute und Unternehmer nicht mehr.

Wie bewerten Sie die Arbeit der Ostbeauftragten der Bundesregierung?

von Dohnanyi: Deren Arbeit hat mir, offen gesagt, nicht sehr imponiert. Weder bei Herrn Stolpe noch bei Herrn Tiefensee. Konzeptionell war da nicht viel zu spüren.

Ist Ostdeutschland in einer guten Position im Bezug auf die Wachstumsmärkte in Osteuropa?

von Dohnanyi: Das ist eine allgemeine deutsche Aufgabe. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Krise, die längst nicht hinter uns liegt, eine grundsätzliche Verände-

rung der Wettbewerbsbedingungen in der ganzen Welt schaffen wird. Erstens werden die Unternehmen unter dem Druck des Wettbewerbs und der Nachfrageausfälle Personal abbauen, soweit sie irgend können. Das heißt, sie werden feststellen, dass sie mit wesentlich weniger Personal unter modernen Bedingungen dasselbe produzieren können. Das hat es immer wieder gegeben in der Weltgeschichte.

Wie schnell wirkt sich das aus?

von Dohnanyi: Die Arbeitslosigkeit wird bald steigen. Und die zukünftige Beschäftigung wird davon abhängen, ob es uns gelingt, in der Konkurrenz mit den neuen Wettbewerbern mitzuhalten. Dabei geht es nicht nur um Osteuropa. Die Globalisierung fängt erst richtig an. Und sie wird sich nicht aufhalten lassen. Die Folgen für Deutschland sind gravierend, wenn wir uns nicht darauf einlassen. Ein ganz entscheidender Punkt dabei ist, dass wir erkennen müssen, dass in dieser Phase die Unternehmer die entscheidenden Figuren sein werden, wie nach 1945. Das ist immer so nach Umbrüchen, dass neue Unternehmen und Unternehmen in den Markt treten müssen, um die neuen Strukturen auszufüllen. Ob wir in Deutschland darauf vorbereitet sind, wenn wir nur von Reichensteuern und Manager-Boni sprechen, da habe ich meine großen Zweifel. Wir haben durch die PDS ein Klima bekommen, in dem Gerechtigkeit die Aufgabe des Leistungserfolgs verdrängt. Aber so ist die Welt nicht gebaut. Insofern hat die Wiedervereinigung eine gefährliche politische Komponente.

Was muss Deutschland aus der Krise lernen?

von Dohnanyi: Ein Beispiel: Wir haben in Deutschland für die Finanzierung großer internationaler Geschäfte eigentlich keine großen Banken, außer der Deutschen Bank. Als ich mit der Treuhand zu tun hatte, da tummelten sich dort nur Goldman Sachs, Morgan Stanley, Lehman Brothers usw., und wenn die Deutsche Bank auch mal dran kam, dann war das viel. Und danach war gar nichts mehr aus Deutschland vertreten. Das ist ein Problem. Wenn man Größe und Unternehmensgewinne in der deutschen Gesellschaft und Politik zu kritisch sieht, dann wird uns das in der nächsten Etappe der Globalisierung Schwierigkeiten machen.

Was bedeutet das für die SPD?

von Dohnanyi: Meine Partei ist da natürlich gefährdet. Ich sage es einmal so: Der Abgrund ist links.

Wie sollte die SPD sich verhalten? Das Dilemma zwischen den Ansprüchen Leistungswürdigkeit und Gerechtigkeit zerreibt Ihre Partei.

von Dohnanyi: Die SPD muss meiner Meinung nach tun, was auch die

Union macht: Sie muss versuchen, eine Politik zu machen, mit der sie, anders als es jetzt diskutiert wird, Koalitionen mit der FDP und den Grünen zustande bringt. Die CDU wird sich um die Grünen bemühen müssen. Für die SPD geht es um die FDP. Die sogenannte „Linke“ muss ausgetrocknet werden; die kann sich dann bei fünf oder sieben Prozent stabilisieren. Aber eine kluge SPD, die eine soziale Politik der wirtschaftlichen Stärke betreibt, muss eine sozialliberale Politik formulieren, wie wir sie hier in Hamburg hatten, wie Willy Brandt sie mit der FDP gemacht hat oder Kurt Beck. Das ist die Aufgabe der SPD: Die FDP zurückzugewinnen. Wenn sie die FDP gewinnt, kann sie auch die Grünen binden. Wenn sie aber die Grünen gewinnt, verliert sie die Grünen. Links ist keine Alternative.

Noch einmal zurück zum Ausgangsthema. Das zentrale Bild der Wiedervereinigung sind die „blühenden Landschaften“, die Helmut Kohl prophezeit hat. Wie verhält es sich damit aus heutiger Sicht?

von Dohnanyi: Es stimmt, denn die Landschaften blühen wirklich. Das Problem sind die Beschäftigung, die Arbeitsplätze. Aber wenn Sie sich die Städte angucken und die Pflege der Landschaften: Ich war gerade in Leipzig und bin dann zurückgefahren an einem sonnigen Tag. Also das ist wunderschön, das ist unvergleichlich. Ich kenne das Gebiet ja aus dem Januar 1990; ich bin ja faktisch mit dem Mauerfall rüber gegangen. Das war ein anderes Land. Heute „blühen“ die Landschaften wirklich. Der Fehler, den man gemacht hat, ist, dass man nicht gesehen hat, wie schwach die ostdeutsche Industrie unter dem Druck des Weltmarktes sein würde. Selbst ein relativ erfahrener Mann wie Rohwedder hat ja noch geglaubt, das Vermögen der DDR sei 600 Milliarden Mark wert. Und es war null wert.

Wie lange dauert es, bis eine vollständige Angleichung zwischen Ost und West erreicht ist?

von Dohnanyi: Insgesamt vielleicht 50 Jahre? Also noch etwa 30 Jahre? Das wiederum hängt sehr stark davon ab, wie wir jetzt mit dieser Phase nach der Krise umgehen. Denn die Welt wird wirklich durchgeschüttelt. Es ist eine andere Welt, die entsteht. Wenn man da nicht dabei ist, dann kann man sich beklagen, kann mit Lafontaine eine große Schnauze haben: Aber das nutzt nichts. That's the world. Such is life.

Die Fragen stellen Jörn Lauterbach und Jens Meyer-Wellmann

WELT ONLINE

Der Aufbau Ost für alle, die Wirtschaft verstehen wollen
welt.de/kinderleicht